

## **1. Neue Wege in eine gute Zukunft**

### **1.6 Soziales und Seniorenhilfe**

#### **Die Situation**

Viele Interessenkonflikte unserer Gesellschaft werden um die Schlagworte „jung und alt“ sowie „arm und reich“ geführt. Hierbei werden bedauerlicherweise nicht selten emotionalen Argumenten mehr Gehör geschenkt als sachlichen Gesichtspunkten. Zwei weitere typische Schlagworte in diesen gesellschaftlichen Diskussionen sind die der Gerechtigkeit und der Kosten. Beide Punkte spalten die Menschen oft mehr, als dass sie eine Lösung der Probleme voranbringen.

#### **Unsere Ansichten**

- Jeder Mensch ist wertvoll und hat ein Recht auf ein selbst bestimmtes Leben; egal ob jung oder alt sowie arm oder reich.
- Die persönlichen Lebensumstände jedes Menschen hängen von Faktoren ab, die zum Teil von ihm beeinflusst werden können und zum Teil auf Ereignissen beruhen, die er nicht beeinflussen kann.
- Die Aufgabe des Staates und seiner Institutionen ist es, seinen Bürgern die Möglichkeit zu geben ihr Leben so frei wie möglich zu gestalten, um selbst gerecht handeln zu können und andererseits ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen
- Gerechtigkeit bedeutet nicht das Aufheben von Unterschieden in der Lebenswirklichkeit der Menschen, sondern das Ermöglichen von Chancen und die Sicherstellung von grundlegenden Bedürfnissen.
- Maßnahmen der sozialen Sicherung sind keine Almosen; sie sind eine originäre Pflicht des Staates und seiner Institutionen. Ihr Bezugsrecht ist aktuell daran geknüpft, dass der Empfänger nicht in der Lage ist, selbst für seine Sicherung ausreichend sorgen zu können. Auf diesem Weg wird jedoch der Grundstein für „Leistungsempfänger“ und für „Leistungsträger“ gleichermaßen gelegt, eine persönliche Ungleichbehandlung und damit Ungerechtigkeit zu empfinden. Aus sozialliberaler Perspektive ist anzustreben, dass alle Menschen die gleichen Leistungen zur grundlegenden Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten und lediglich die Refinanzierung der Kosten und die darüber hinaus gehenden Möglichkeiten zur Ausgestaltung an die persönliche Leistungsfähigkeit des Bürgers gebunden sind.
- Das ehrenamtliche Engagement von Bürgern, Unternehmen und Vereinen ist von unschätzbarem Wert für eine Gesellschaft, darf aber nur eine freiwillige Ergänzung der

staatlichen Pflichten zur sozialen Sicherung sein; dort wo diese Grenze überschritten wird, ist es eine Leistung, die vom Staat finanziert werden muss.

- Soziale Leistungen können und dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, schon weil hierzu nicht ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Auch wenn dies kritisch gesehen werden kann, muss geprüft werden, welche Leistungen die bestmögliche Hilfe für die Empfänger bieten und welche nur einen geringen Mehrwert bei dafür „guter Presse“ für die Entscheider darstellen
- Das Abrufen von Fördergeldern für soziale Projekte kann Sinn machen; oftmals stellen sie aber nur die Gelder für einen begrenzten Zeitraum dar, in dem die Grundlagen für eine mögliche weitere Arbeit geschaffen werden und mitunter nicht über die Datenerhebungsphase hinaus gehen.
- Viele soziale Projekte und Maßnahmen betrachten oftmals nur die Seite der Empfänger und der vorhandenen Sozialstrukturen (kommunale Ämter und Wohlfahrtsverbände/-organisationen u.ä.). Ohne die Beteiligung der Wirtschaft ist ein Übergang von Sozialleistungen zu selbstbestimmter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für die Betroffenen jedoch oftmals nicht möglich.
- Sozialleistungsbetrug hat es immer gegeben und er existiert auch heute. Wer Leistungen bezieht, ohne dass sie ihm zustehen schädigt nicht nur das System. Er schädigt vor allem diejenigen, die am meisten auf diese Leistungen angewiesen sind und fördert den sozialen Unfrieden in der Gesellschaft. Eine der Ursachen für diesen Betrug schafft das System jedoch selbst, indem es Bedingungen in einer Komplexität aufgestellt hat, dass viele Bezugsberechtigte Ablehnungen von Leistungen erhalten, weil sie formale Fehler begehen und zeitgleich „Schlupflöcher“ geschaffen werden, die eine Überkompensation von Leistungen Tür und Tor öffnen.
- Alt zu sein bedeutet nicht automatisch hilfsbedürftig zu sein. Alter ist keine Krankheit sondern ebenso wie Jugend eine normale Lebensphase jedes Menschen. Manche Umstände führen jedoch dazu, dass in dieser Bevölkerungsgruppe bestimmte soziale Themen häufiger auftreten als bei Menschen in anderen Lebensabschnitten. Dennoch ist eine Gleichsetzung von Senioren mit Menschen, die der gesellschaftlichen Hilfe bedürfen abzulehnen – auch in der Benennung von Ämtern und Ausschüssen.
- In der Diskussion über Angebote und Maßnahmen für Senioren ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe unterschiedlich sind und in erster Linie die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben im Alter Priorität einzuräumen ist. Dies geht nicht immer ohne Einschränkungen, aber es steht jedem Menschen zu, selbst zu entscheiden, auf welche Bedingungen im Leben er Wert legt und auf welche nicht. Seniorengerechte und bezahlbare Wohnungen in der Innenstadt können für viele ältere Mitbürger eine Bereicherung für die tägliche Lebensqualität sein. Aber in gleichem Maße muss dafür gesorgt werden können, dass die Möglichkeit besteht, auch im gewohnten Umfeld in den Vororten und Dörfern Eschweilers weiter zu leben.

- Eschweiler verfügt über ein großes Angebot im Bereich der stationären Pflegeheime, die eine Ergänzung zu anderen Gesundheitsdienstleistungen darstellen. Dieser Standortvorteil Eschweilers ist in vielerlei Hinsicht (Arbeitsplätze, Steuern, Diversität im pflegerischen Angebot) schon jetzt von großem Vorteil und sollte weiter gefördert und ausgebaut werden.

### **Unsere Ziele**

- Freiwillige finanzielle Leistungen der Kommunen an die Sozialverbände sind in vielen Fällen sinnvoll. Dennoch spricht nichts dagegen, diese häufiger zweckgebunden auszuschütten, um hierdurch auch wertschätzend zum Ausdruck zu bringen, welche Leistungen von Vereinen und Institutionen erbracht werden und die kommunale Zuwendung in der Regel nur einen kleinen Teil der Kosten abdecken kann. Weiterhin gibt es viele Maßnahmen, die von kommunaler Seite ergriffen werden können, um Vereinen Kosten zu sparen und ihre Arbeit effizienter zu gestalten, wie z.B. das Angebot von Weiterbildungskursen durch die VHS für Vereine, die Nutzungsmöglichkeit kommunaler Strukturen (z.B. von Seminarräumen), die Teilhabe an der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt etc. Hier schöpfen weder die Stadt Eschweiler noch die ehrenamtlichen Institutionen selbst das vorhandene Potential aus.
- Vor dem Abrufen von Fördergeldern für soziale Projekte sind bereits die Rahmenbedingungen zu prüfen, wie und mit welchem Ziel diese fortgesetzt werden sollen, wenn die Förderung ausläuft. Die wiederholte Erhebung von gleichen Daten und Herstellung von vermeintlichen „Synergieeffekten“ zwischen den Sozialverbänden und -strukturen ist als Projekt abzulehnen
- Bei sozialen Maßnahmen und Projekten ist eine stärkere direkte Einbindung der Wirtschaft (nicht ausschließlich über Job-Center, IHK o.ä.) anzustreben, um einen nachhaltigen Übergang von Leistungsempfängern zu einem selbstbestimmten gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen
- Sozialleistungsbetrug ist zu sanktionieren. Zugleich muss das System der Antragsstellung von Sozialleistungen jedoch stark vereinfacht und entbürokratisiert werden, um zum einen Fehler und Verzögerungen durch unnötige formale Mängel bei der Beantragung zu minimieren und andererseits die Gestaltungsmöglichkeiten zum Betrug so gering wie möglich zu halten.
- Es ist darüber zu diskutieren, den Sozial- und Seniorenausschuss der Stadt Eschweiler in Sozial- und Seniorenhilfeausschuss umzubenennen
- In jedem Stadtteil Eschweilers sind geeignete Maßnahmen zu prüfen, die es älteren Bürgern ermöglichen in ihrem gewohnten Lebensumfeld weiter wohnen zu können, auch wenn z.B. Einschränkungen der Mobilität, der Versorgungsstrukturen etc. vorliegen.
- Das Angebot von Dienstleistungen der Pflege und der Versorgung von älteren Menschen mit Einschränkungen ist qualitativ weiter zu stärken und in seiner Vielfalt zu fördern. Sowohl die Anbieter als auch die Bezieher dieser Leistungen sind in Gespräche einzubinden, um die geeigneten Möglichkeiten und Maßnahmen zu erfassen und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.